

**August 2016**

---

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung.....	2
Sorge vor Terror steigt: Drei Viertel fürchten Anschläge in Deutschland	4
Türkei: Wenig Verständnis für das Vorgehen der türkischen Regierung nach dem Putsch vom 15. Juli .....	7
Ereignisse in der Türkei: Bundesregierung sollte entschiedener reagieren.....	9
EU-Beitritt der Türkei: Deutliche Mehrheit dagegen .....	10
Verstärkte Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel .....	11
Politikerbewertung: Massive Ansehensverluste für Angela Merkel, große Gewinne für Horst Seehofer.....	13
Zufriedenheit mit der Bundesregierung wieder etwas geringer .....	15
Mehrheitliche Kritik an Rolle der CSU in der Großen Koalition .....	16
Sonntagsfrage: Politische Stimmung stabil.....	17
Doping-Debatte über Russland vor den Olympischen Spielen in Rio ...	19

## ARD – DeutschlandTREND August 2016

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Untersuchungsanlage

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Caroline Hoffmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Jürgen Hofrichter	030 53322-119
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte, Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Erhebungszeitraum	01. bis 02. August 2016 Sonntagsfrage: 01. bis 03. August 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

## Zusammenfassung

Nach den jüngsten Terrorattacken in Ansbach und Würzburg sowie weiteren Gewalttaten befürchten 76 Prozent der Befragten in nächster Zeit terroristische Anschläge in Deutschland, eine Zunahme um 9 Punkte seit April. Eine knappe Mehrheit von 55 Prozent geht davon aus, dass Deutschland gegen Terroranschläge gut geschützt ist, 39 Prozent sind nicht dieser Ansicht. Im Alltag achten 46 Prozent verstärkt auf verdächtige Personen und Gegenstände und 41 Prozent meiden große Menschenansammlungen. Dieses Bild herrschte bereits im April nach den Anschlägen in Brüssel und ist seither weitgehend stabil.

Die Reaktionen der türkischen Regierung auf den Militärputsch vom 15. Juli mit dem sehr harten Vorgehen nicht nur gegen Militärs, sondern auch gegen Staatsbedienstete, Institutionen, Oppositionelle, Journalisten und Medien stößt auf einhellige Kritik in Deutschland. Neun von zehn Befragten (90 Prozent) können dies nicht nachvollziehen und sehen dadurch die Demokratie in der Türkei gefährdet. Ebenso viele (88 Prozent) erwarten daher von der Bundesregierung, dass sie der Türkei entschiedener entgegentritt. Sieben von Zehn (69 Prozent) plädieren dafür, die Gespräche über die VISA-Freiheit für Türken auszusetzen, selbst wenn das zur Folge hätte, dass die Türkei das Flüchtlingsabkommen aufkündigt. Angesichts der Entwicklungen in der Türkei sprechen sich aktuell 80 Prozent grundsätzlich gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus.

Die Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin hat zugenommen. Aktuell sind 65 Prozent (+ 7 Punkte im Vergleich zum April) damit unzufrieden. Nur jeder Dritte (34 Prozent, - 8) ist zufrieden mit Merkels Kurs in der Flüchtlingspolitik. Angesichts der zunehmenden Kritik an ihrer Flüchtlingspolitik verzeichnet Bundeskanzlerin Angela Merkel erhebliche Vertrauenseinbußen. Anfang August zeigen sich 47 Prozent der Bevölkerung mit ihrer Arbeit zufrieden, ein Verlust von 12 Punkten binnen Monatsfrist. Ihr Widersacher aus München, Horst Seehofer, kann dagegen um 11 Punkte zulegen und rangiert mit 44 Prozent nur noch knapp hinter Angela Merkel.

Die Rolle der CSU in der Berliner Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD wird – angesichts der Auseinandersetzungen zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer in der Frage der Flüchtlingspolitik – mehrheitlich kritisch gesehen. Gut die Hälfte der Bundesbürger (55 Prozent) kritisiert, dass sich die CSU sehr offensiv gegen die Kanzlerin positioniert und zwei von drei (64 Prozent) attestieren der CSU, ihr seien die eigenen Interessen wichtiger als der Erfolg der Bundesregierung. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist leicht gesunken, aktuell erhält das Kabinett Merkel von 44 Prozent (-4) gute Noten, 55 Prozent kommen zu einem kritischen Urteil.

Die politische Stimmung ist im Vergleich zum Vormonat weitgehend stabil. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl, käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von unverändert 34 Prozent, die SPD könnte mit 22 Prozent wie im Vormonat rechnen. Auch Grüne (13 Prozent) und Linke (9 Prozent) halten ihren Stimmenanteil konstant. Die FDP verliert einen Punkt und käme auf 5 Prozent. Die AfD kommt weiterhin auf 12 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 5 Prozent (+1) der Stimmen erreichen.

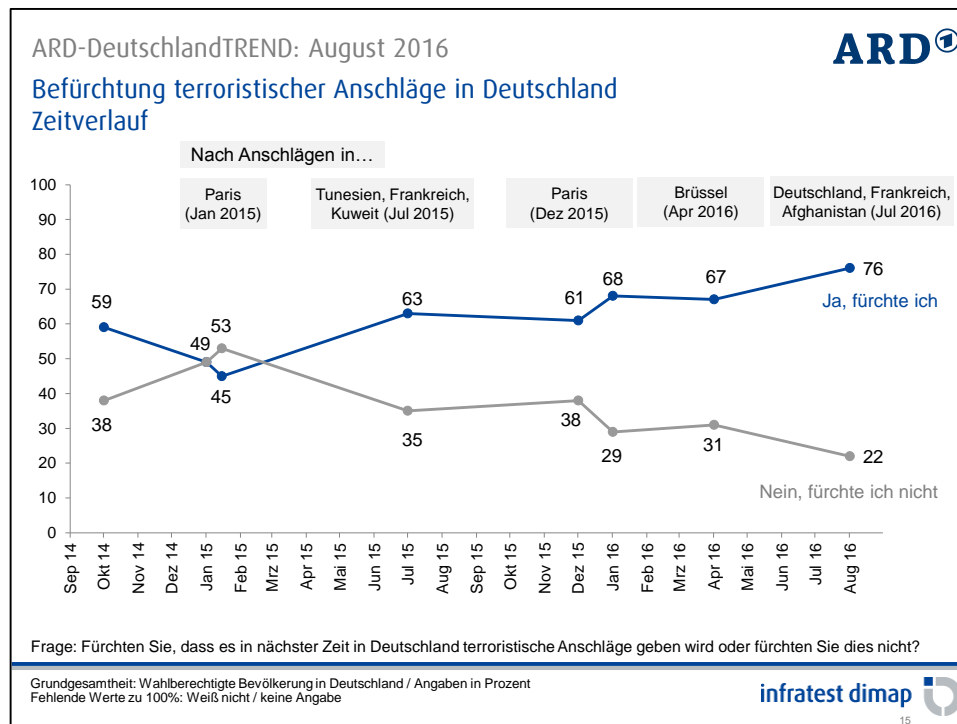
Eine klare Mehrheit der Deutschen (66 Prozent) stützt die Entscheidung des IOC, nicht alle russischen Sportler generell von den Olympischen Spielen in Rio auszuschließen. Allerdings ist der Glaube an faire Wettkämpfe im Vergleich zu den vorhergehend Spielen zurückgegangen. Aktuell glaubt etwa die Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) an faire Wettkämpfe bei Olympischen Spielen. Die andere Hälfte (43 Prozent) geht davon aus, dass in den meisten Fällen die erfolgreichen Sportler gedopt sind.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND August 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

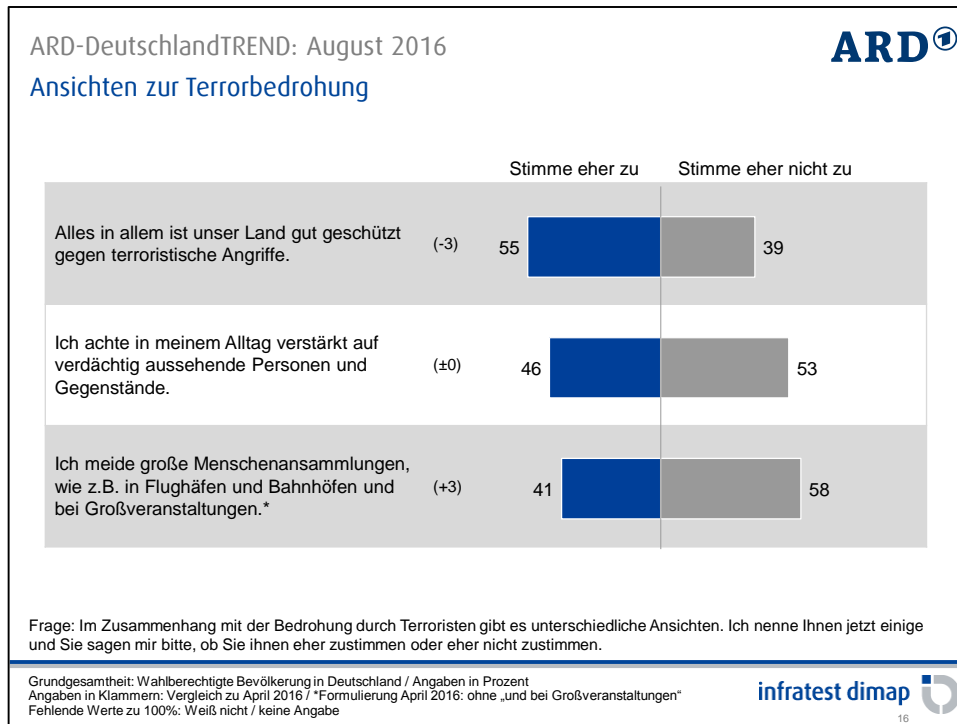
## Sorge vor Terror steigt: Drei Viertel fürchten Anschläge in Deutschland

Innerhalb der letzten Wochen wurden zwei islamistische Terroranschläge in Ansbach und in einer Regionalbahn bei Würzburg verübt. Hinzu kamen weitere Ereignisse wie ein Amoklauf in München und ein Mord mit einer Machete in Würzburg, die keinen terroristischen Hintergrund hatten, auch wenn dies zunächst vermutet wurde.

Diese Häufung von Terrorakten und Gewalttaten wirkt sich auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung aus. Derzeit äußern drei von vier Bürgern (76 Prozent) die Befürchtung, dass es in Deutschland in nächster Zeit terroristische Anschläge geben wird. Jeder Fünfte (22 Prozent) teilt indes diese Sorge nicht. Die Furcht vor terroristischen Anschlägen in Deutschland ist damit seit April um 9 Punkte gestiegen.



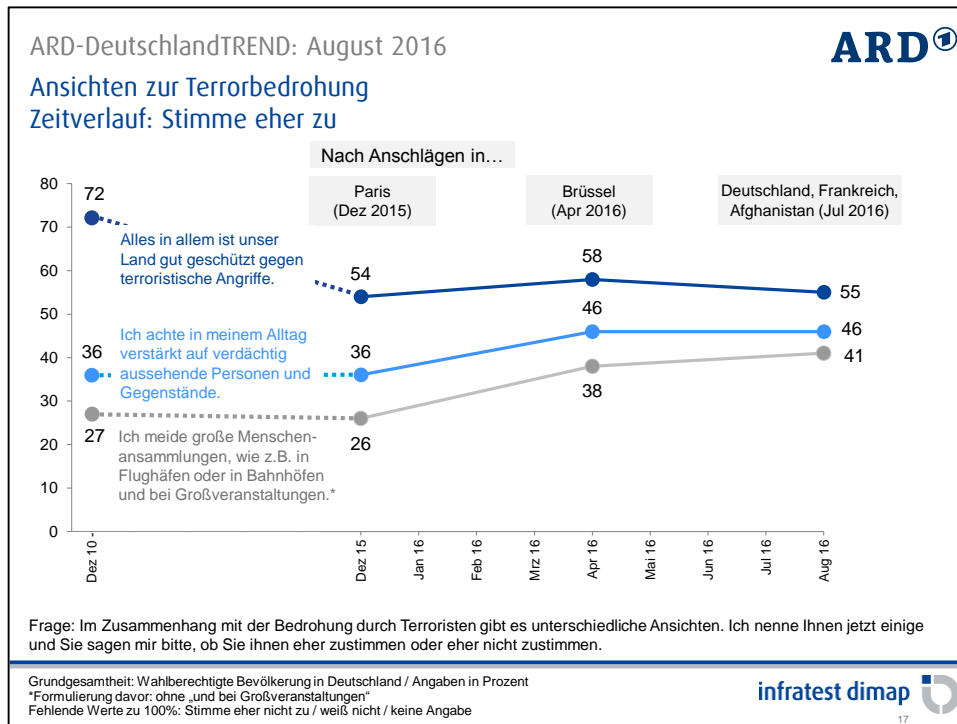
Auch wenn die Bevölkerung nach den jüngsten Ereignissen von einer stärkeren Bedrohungslage ausgeht, ist eine knappe Mehrheit der Bürger (55 Prozent) weiterhin der Ansicht, dass Deutschland alles in allem gut gegen terroristische Angriffe geschützt sei. Vier von zehn (39 Prozent) sind nicht dieser Meinung.



Angesichts der Anschläge in Brüssel und Paris haben viele Bürger in ihrem persönlichen Verhalten bereits vor den Anschlägen in Deutschland Konsequenzen aus der Bedrohung durch den Terror gezogen. Fast jeder Zweite (46 Prozent) achtet im Alltag verstärkt auf verdächtig aussehende Gegenstände und Personen. Dass sie größere Menschenansammlungen wie z.B. auf Flughäfen, in Bahnhöfen oder bei Großveranstaltungen meiden, bekunden vier von zehn Befragten (41 Prozent).

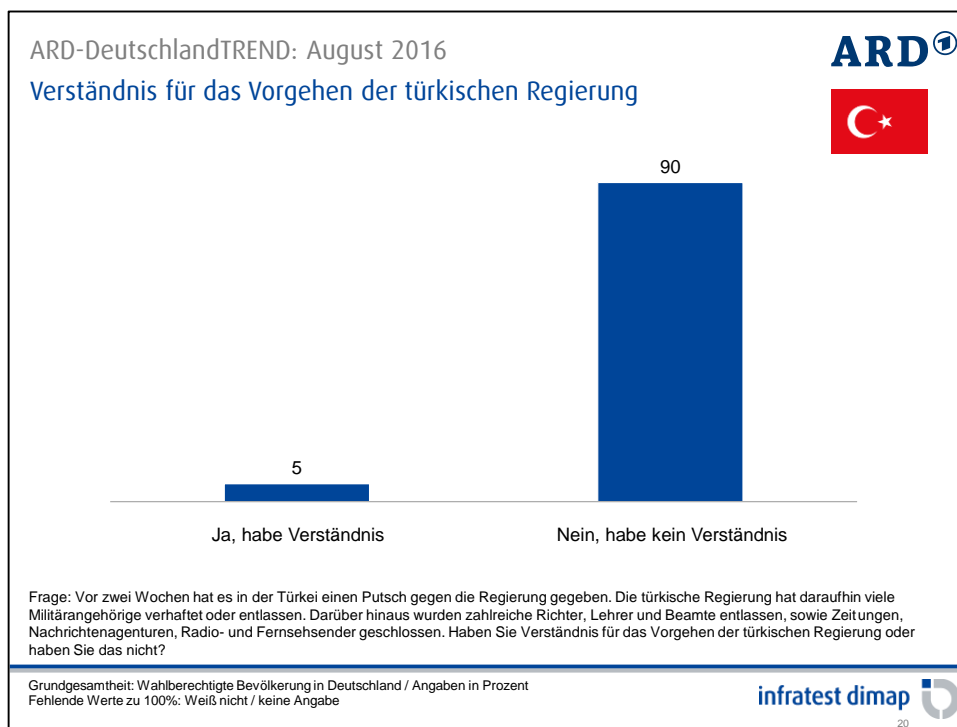


Dieses Bild zeigt sich seit den Anschlägen von Brüssel im April und hat sich nur wenig verändert.



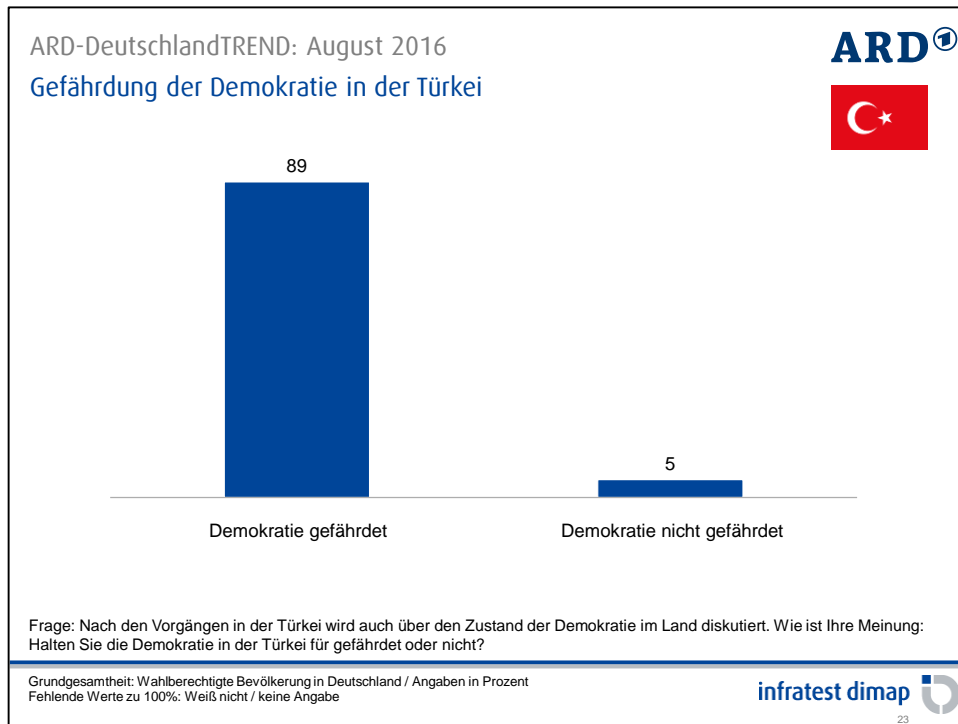
## Türkei: Wenig Verständnis für das Vorgehen der türkischen Regierung nach dem Putsch vom 15. Juli

Die türkische Regierung konnte den Putschversuch von Teilen des Militärs vom 15. Juli, bei dem etwa 300 Personen starben, erfolgreich niederschlagen. Sie hat daraufhin mit großer Härte reagiert und zahlreiche Militärangehörige verhaftet oder suspendiert. Darüber hinaus wurden auch Richter, Lehrer, Beamte und Journalisten entlassen. Insgesamt sollen ca. 60.000 Personen von solchen Maßnahmen betroffen sein. Zudem wurden viele Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Fernseh- und Radiosender geschlossen. Die türkische Regierung begründet ihr Vorgehen damit, dass die Gülen-Bewegung hinter dem Putsch steht, deren Mitglieder nun aus öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen entfernt werden. Die Türkei steht für dieses Vorgehen stark in der Kritik sowohl von Politikern aus der EU als auch aus Deutschland. Die Vorwürfe lauten, dass die Maßnahmen nach dem Putsch zielgerichtet besonders auch Oppositionelle und Kritiker von Präsident Erdogan sowie Kurden treffen und Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Land gefährden.



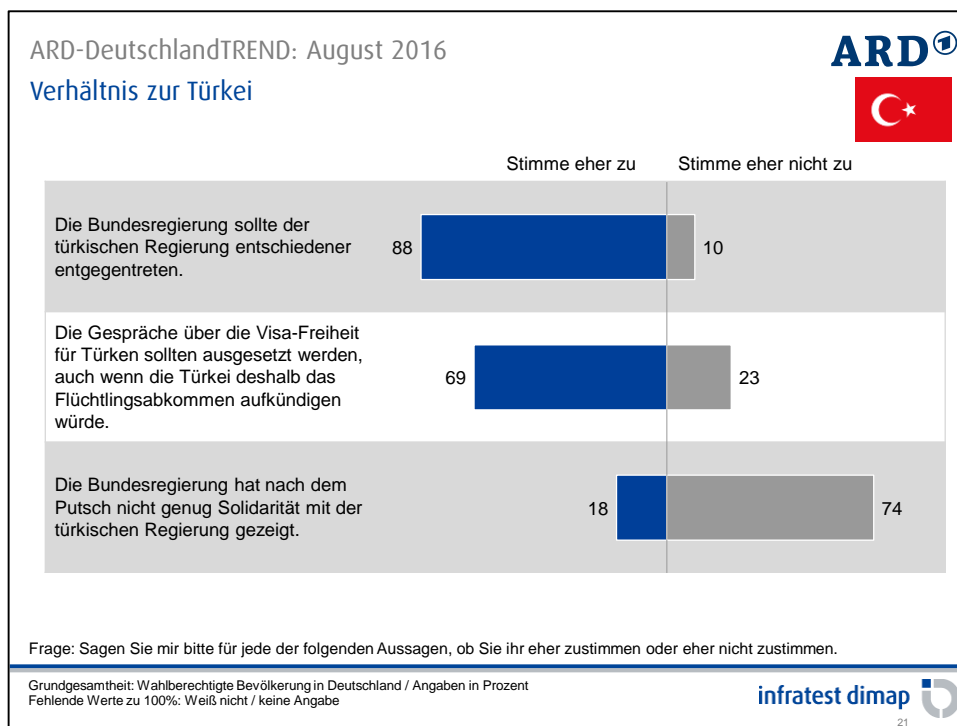
Die Deutschen schließen sich nahezu einhellig dieser kritischen Haltung an. Neun von zehn Befragten (90 Prozent) können das Vorgehen der türkischen Regierung nicht nachvollziehen und nur eine kleine Minderheit (5 Prozent) zeigt Verständnis für deren rigorosen Maßnahmen.

In der Konsequenz sehen ebenfalls neun von zehn Deutschen die Demokratie in der Türkei als gefährdet an (89 Prozent), und wiederum nur eine kleine Minderheit (5 Prozent) ist gegenteiliger Meinung. Diese sehr kritische Haltung besteht in allen Bevölkerungsgruppen.



## Ereignisse in der Türkei: Bundesregierung sollte entschiedener reagieren

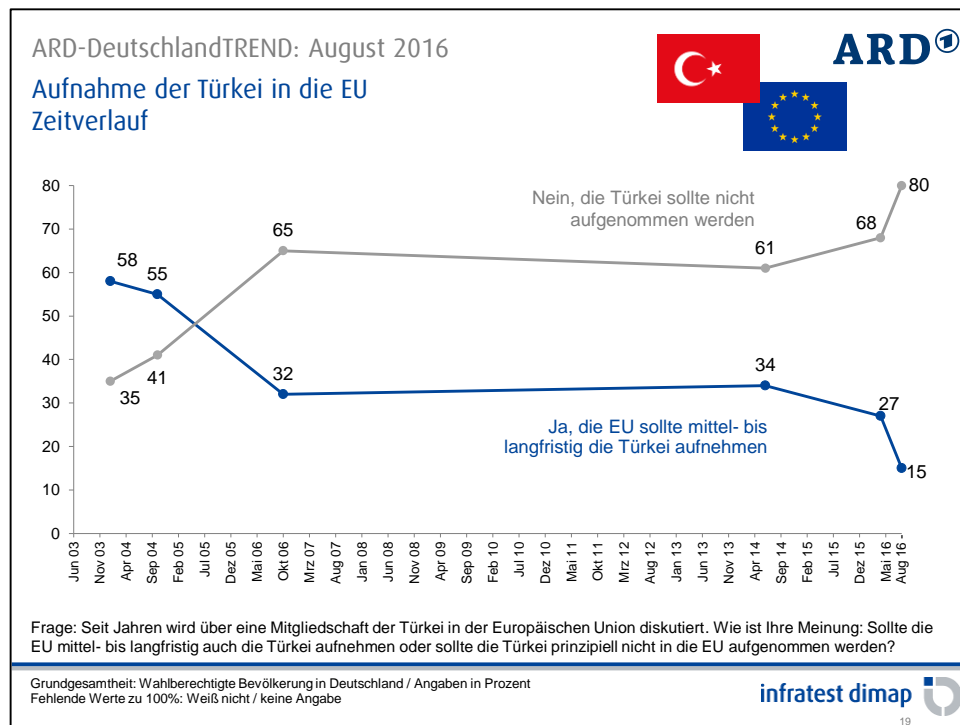
Angesichts der Vorgänge in der Türkei sind die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sowie der EU belastet und es wird intensiv über den Fortbestand des bestehenden Flüchtlingsabkommens sowie die Visa-Freiheit für Türken diskutiert. Die Bundesbürger erwarten dabei mit großer Mehrheit (88 Prozent), dass die Bundesregierung der Türkei entschiedener als bisher entgegentritt. Nur eine Minderheit von 18 Prozent findet, die Bundesregierung habe nach dem Putschversuch zu wenig Solidarität mit der türkischen Regierung gezeigt. Auch in der Diskussion um die Zukunft des Flüchtlingsabkommens und die Visa-Freiheit für Türken in der EU ist das Meinungsbild eindeutig: Nahezu jeder Siebte (69 Prozent) plädiert dafür, die Gespräche über die Visa-Freiheit auszusetzen, selbst wenn das dazu führen würde, dass die Türkei das Flüchtlingsabkommen aufkündigt.



## EU-Beitritt der Türkei: Deutliche Mehrheit dagegen

Das Vorgehen der Türkei nach dem Putsch und die aktuellen Diskussionen zwischen der Türkei und Deutschland wirken sich auf die generelle Bewertung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei aus.

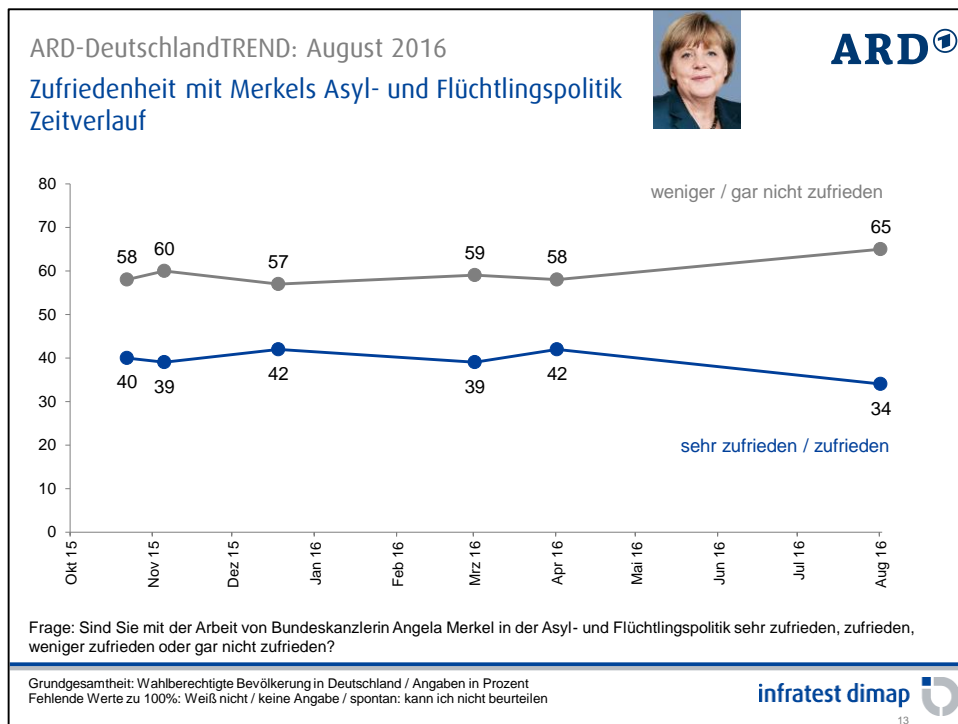
Die Aufnahme der Türkei in die EU wird deutlich kritischer gesehen als noch im April. Vier von fünf Deutschen sprechen sich grundsätzlich gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus (80 Prozent). Das sind zwölf Prozentpunkte mehr als im April. Nur noch eine Minderheit von 15 Prozent (-12) vertritt die Meinung, dass die Türkei mittel- bis langfristig Mitglied der EU werden sollte. Die ablehnende Haltung überwiegt in allen Bevölkerungsgruppen.



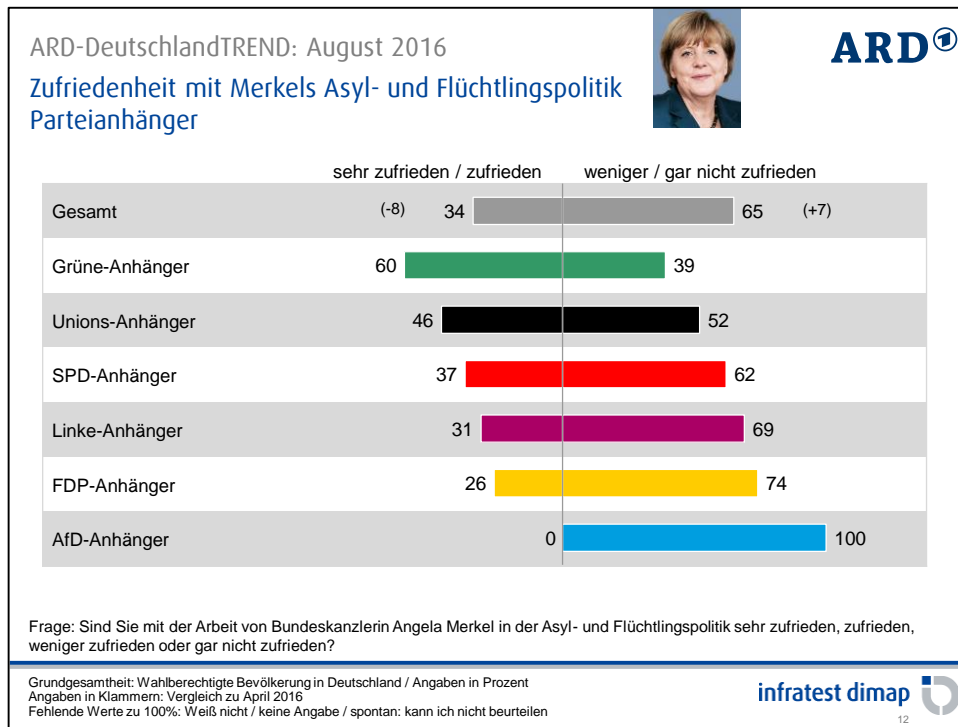
## Verstärkte Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel

Neben der Debatte um die Innere Sicherheit angesichts der Terroranschläge sowie dem Verhältnis zur Türkei ist und bleibt die Asyl- und Flüchtlingspolitik eines der beherrschenden Themen. Die Bundeskanzlerin hat nach der jüngsten Anschlagsserie einen Neun-Punkte-Plan für mehr Sicherheit vorgestellt – gleichzeitig aber auch erklärt, dass sie in der Asyl- und Flüchtlingspolitik grundsätzlich an ihrem bisherigen Kurs festhalten wird.

Sie kann damit jedoch auch weiterhin viele Bürger nicht überzeugen, und die Kritik an Angela Merkels Asyl- und Flüchtlingspolitik ist deutlich gestiegen: Aktuell zeigen sich zwei Drittel weniger bzw. gar nicht zufrieden (65 Prozent, +7 Punkte im Vergleich zum April). Nur noch jeder Dritte (34 Prozent, -8 Punkte) unterstützt Merkels Kurs in der Flüchtlingspolitik.



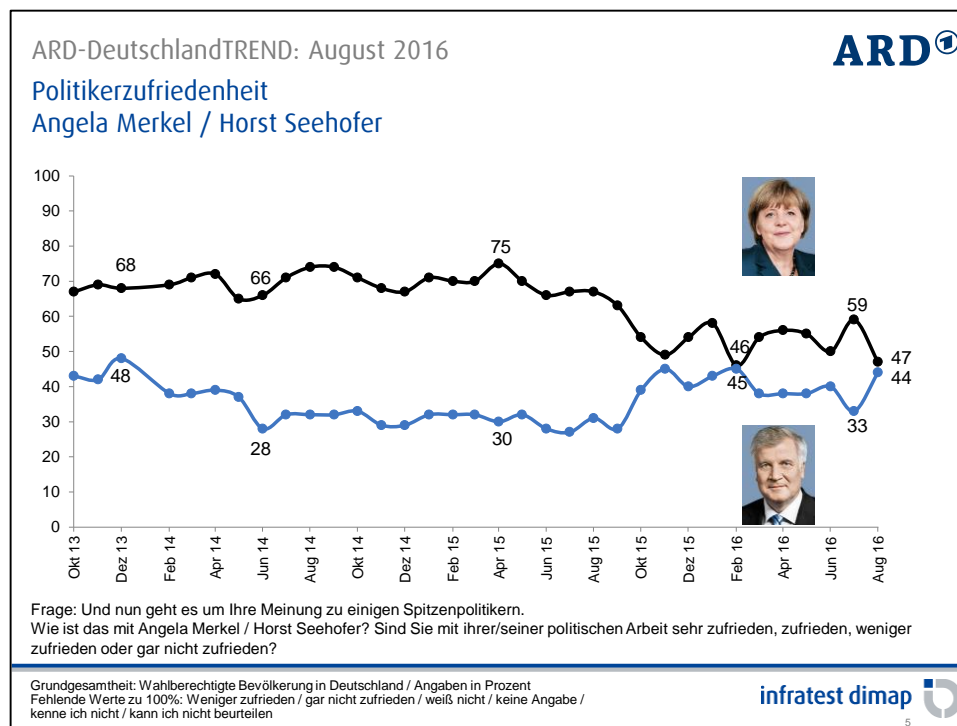
Zwar überwog seit längerem die skeptische Haltung gegenüber der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, der Abstand zwischen Kritikern und Unterstützern war jedoch noch nie so groß.



Betrachtet man die Parteianhängerschaften, zeigt sich, dass die einzige Gruppe, in der die Kanzlerin noch mehrheitlichen Rückhalt genießt, die Anhänger der Grünen sind (60 Prozent). In Reihen der Unionsanhänger sind die Meinungen geteilt (46 Prozent Zustimmung, 52 Prozent Kritik). Einhellige Ablehnung bekunden die Anhänger der AfD.

## Politikerbewertung: Massive Ansehensverluste für Angela Merkel, große Gewinne für Horst Seehofer

Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge in Deutschland, der Entwicklungen in der Türkei und der zunehmenden Kritik an ihrer Flüchtlingspolitik musste Bundeskanzlerin Angela Merkel in den zurückliegenden Wochen erhebliche Vertrauenseinbußen hinnehmen. Anfang August zeigen sich 47 Prozent der Bevölkerung mit ihrer Arbeit zufrieden. Dies bedeutet im Vergleich zum Vormonat einen Verlust von 12 Punkten und ist zugleich der zweitniedrigste Wert in der Legislaturperiode. Ihr Widersacher aus München konnte dagegen große Gewinne für sich verbuchen. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer legte um 11 Punkte zu und erreicht nunmehr die Zustimmung von 44 Prozent der Bundesbürger. Damit liegt er im Ranking der Spitzenpolitiker nur noch knapp hinter Angela Merkel, die derzeit Rang 5 einnimmt. Die Entwicklung der Zufriedenheitswerte der beiden Vorsitzenden der Unionsparteien ist seit etwa einem Jahr gegenläufig.



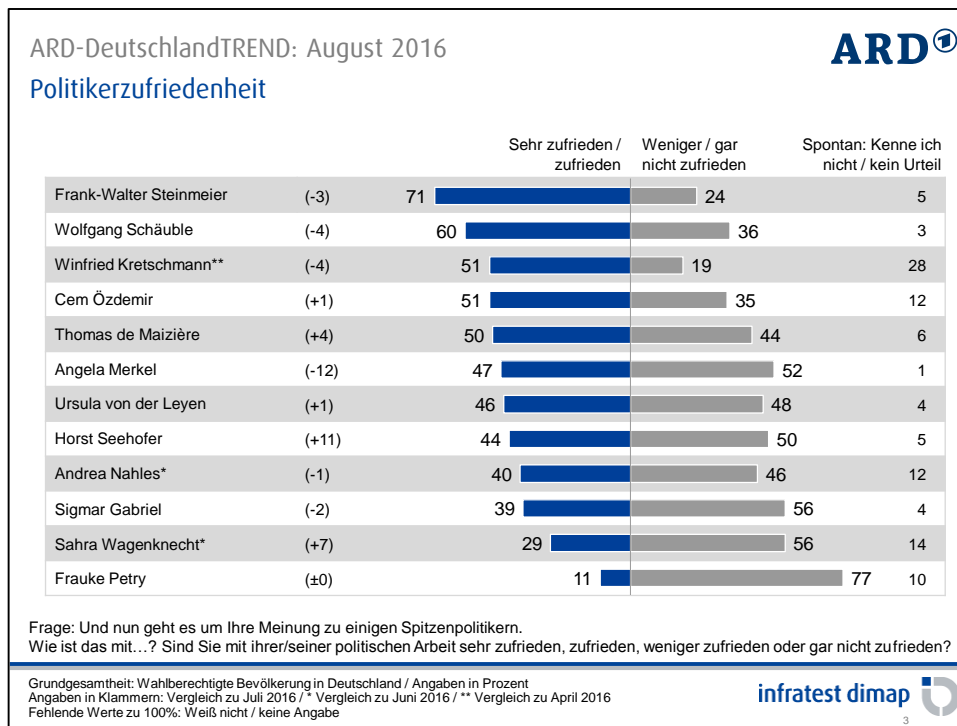
Den Spitzenplatz in der Politikerbewertung kann Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit 71 Prozent wohlwollenden Bewertungen klar behaupten – trotz leichter Verluste von 3 Punkten. Wie schon im Juli liegt Finanzminister Wolfgang Schäuble auf Rang 2. Seine Arbeit wird von 60 Prozent (-4) positiv beurteilt.

Platz 3 teilen sich zwei Politiker der Grünen. Der Parteivorsitzende Cem Özdemir erhält, ebenso wie der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, von 51 Prozent der Bürger für seine Leistungen gute Noten. Für Özdemir ist das sein bisher bester



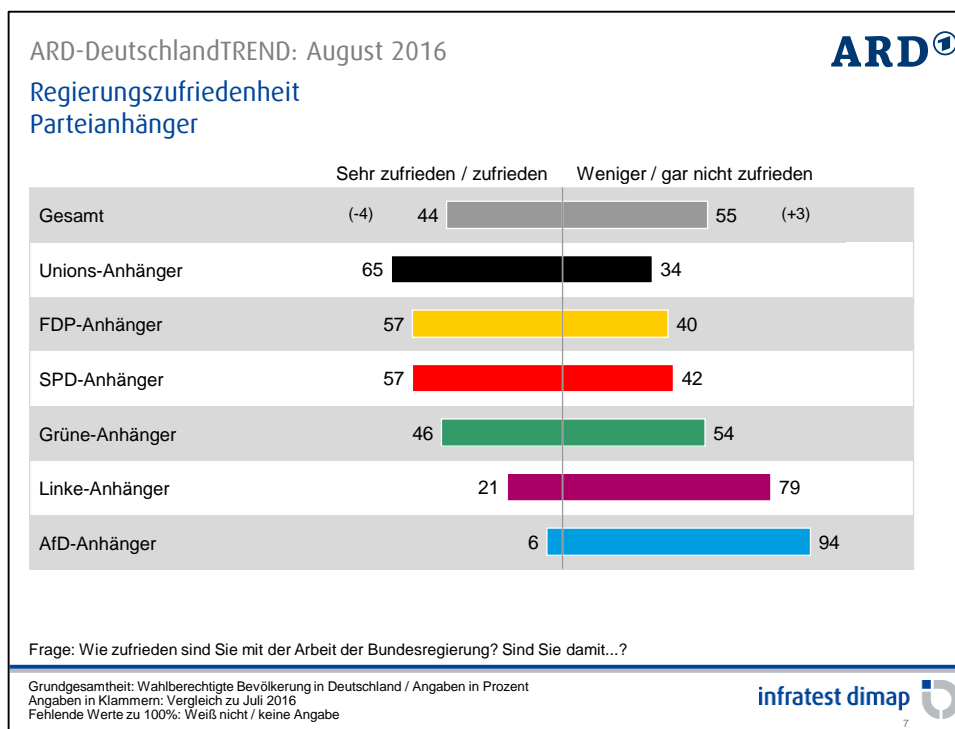
Wert im DeutschlandTREND. Knapp hinter den Grünen-Politikern folgt Innenminister Thomas de Maizière mit 50 Prozent (+4) Zustimmung. Es folgen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit 46 Prozent (+1), Arbeitsministerin Andrea Nahles mit 40 Prozent (-1) Zustimmung sowie Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit 39 Prozent (-2).

Die Fraktionsvorsitzende der Linken Sahra Wagenknecht erhält 29 Prozent Zustimmung und kann im Vergleich zu Juni 7 Punkte zulegen. Den letzten Platz nimmt die AfD-Vorsitzende Frauke Petry mit unverändert 11 Prozent ein. Sie zieht auch weiterhin die meisten negativen Bewertungen auf sich.



## Zufriedenheit mit der Bundesregierung wieder etwas geringer

In den letzten Monaten zeichnete sich bei der Bewertung der Bundesregierung kein eindeutiger Trend ab. Nach Ansehensgewinnen im Juli folgen Anfang August wieder leichte Verluste: 44 Prozent äußern sich sehr zufrieden (3 Prozent) oder zufrieden (41 Prozent) mit der Arbeit des Kabinetts Merkel, eine Mehrheit von 55 Prozent ist dagegen weniger zufrieden (43 Prozent) oder gar nicht zufrieden (12 Prozent). Im Vergleich zum Vormonat haben sich die positiven Urteile um 4 Punkte verringert, die skeptischen Meinungen um 3 Punkte erhöht. Das gegenwärtige Zufriedenheitsniveau entspricht damit in etwa wieder den Werten vom Juni dieses Jahres.

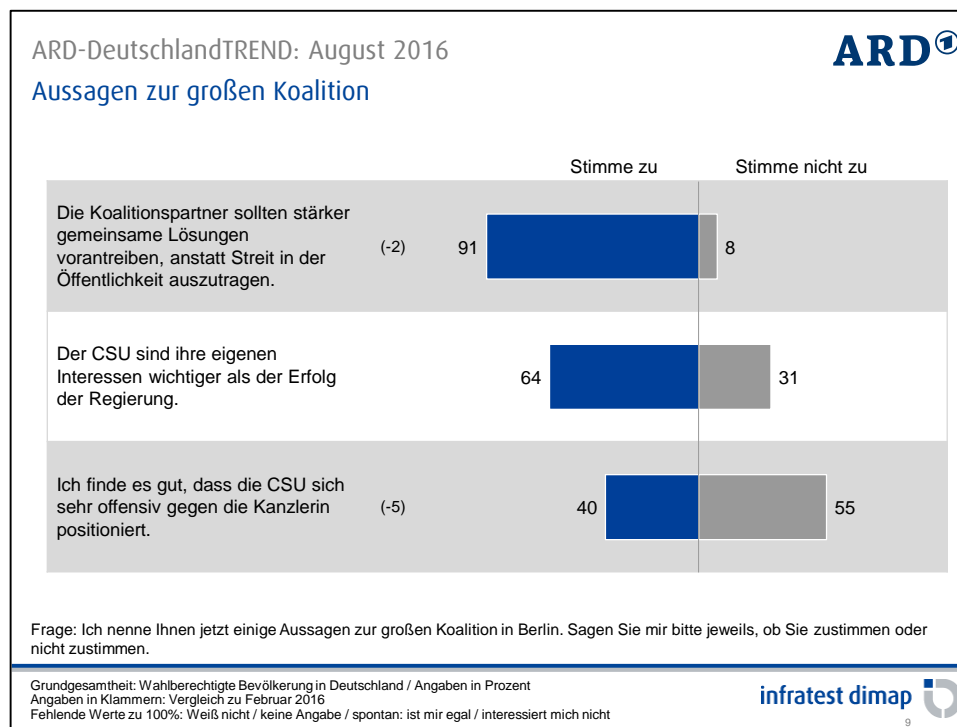


Die Bundesregierung findet mehrheitliche Unterstützung in den eigenen Reihen: Zwei Drittel der Unions-Anhänger (65 Prozent) und 57 Prozent der SPD-Anhänger äußern sich zustimmend. Während in den Reihen der FDP die positiven und in den Reihen der Grünen die negativen Stimmen leicht überwiegen, kommen die Anhänger der Linken und besonders die der AfD zu einem ausgeprägt negativen Urteil.

## Mehrheitliche Kritik an Rolle der CSU in der Großen Koalition

Die Berliner Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD zeigte sich in den zurückliegenden Monaten oftmals uneinig. Insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen Kanzlerin Angela Merkel und dem bayerischen CSU-Chef Horst Seehofer in der Frage der Flüchtlingspolitik haben wesentlich zu diesem Erscheinungsbild beigetragen.

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger (55 Prozent) kritisiert, dass sich die CSU sehr offensiv gegen die Kanzlerin positioniert. Immerhin 40 Prozent finden dies jedoch gut. Zudem unterstellen zwei von drei Bundesbürgern (64 Prozent) der CSU, ihr seien in diesen Auseinandersetzungen die eigenen Interessen wichtiger als der Erfolg der Bundesregierung.

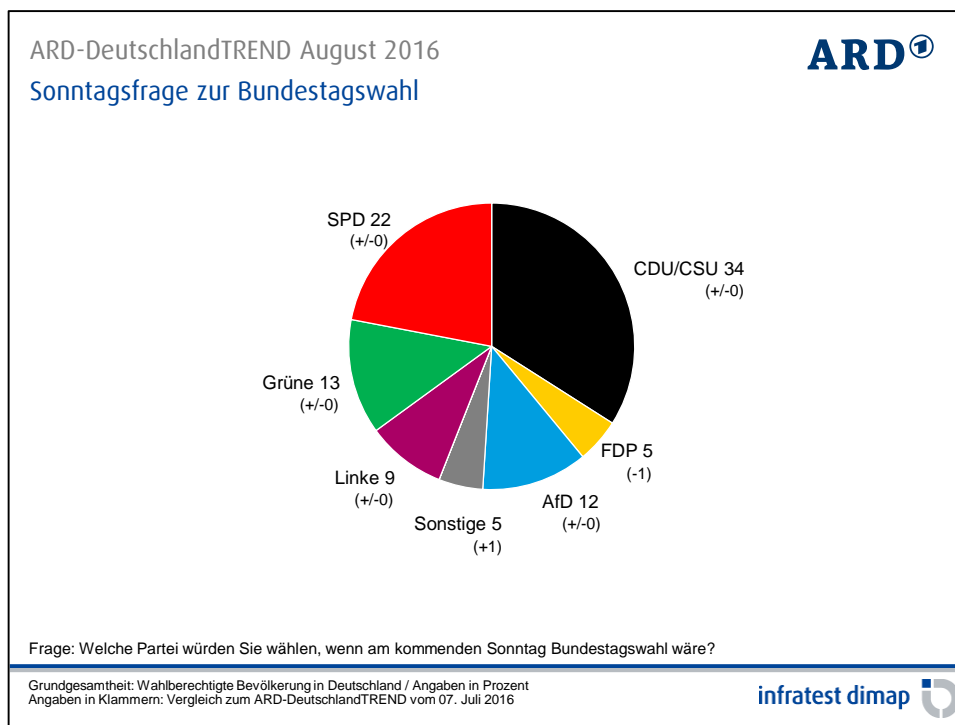


Die Bevölkerung erwartet von ihren gewählten Vertretern Problemlösungen und keinen Dauerstreit. Dies zeigt sich darin, dass der nahezu einhellige Wunsch (91 Prozent) besteht, dass die Koalitionspartner sich stärker gemeinsam dem Lösen von Problemen widmen anstatt sich öffentlich zu streiten.

Während die Anhänger der CSU in Bayern die „harte Linie“ ihrer Partei mehrheitlich stützen und die Anhänger der CDU die CSU-Politik ähnlich kritisch sehen wie die Gesamtbevölkerung, plädieren sowohl CDU als auch CSU-Anhänger einhellig für mehr Gemeinsamkeit und weniger öffentliche Konflikte.

## Sonntagsfrage: Politische Stimmung stabil

Die politische Stimmung ist im Vergleich zum Vormonat weitgehend stabil. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl, käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von unverändert 34 Prozent, die SPD könnte mit 22 Prozent wie im Vormonat rechnen. Auch Grüne (13 Prozent) und Linke (9 Prozent) halten ihren Stimmenanteil konstant. Die FDP verliert einen Punkt und käme auf 5 Prozent. Die AfD kommt weiterhin auf 12 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 5 Prozent (+1) der Stimmen erreichen.

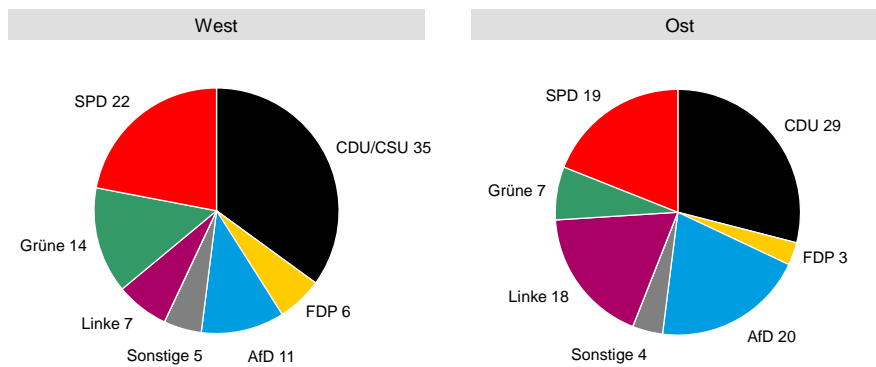


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND August 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

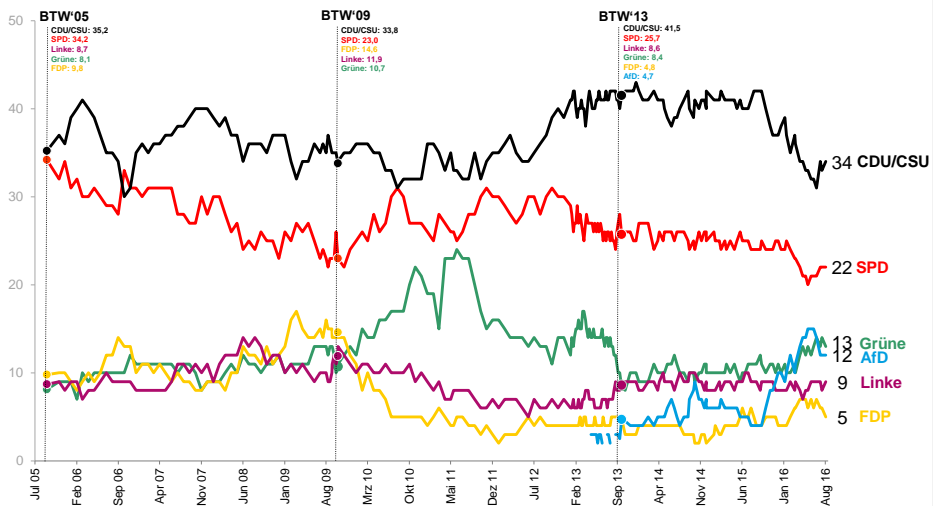
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND August 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

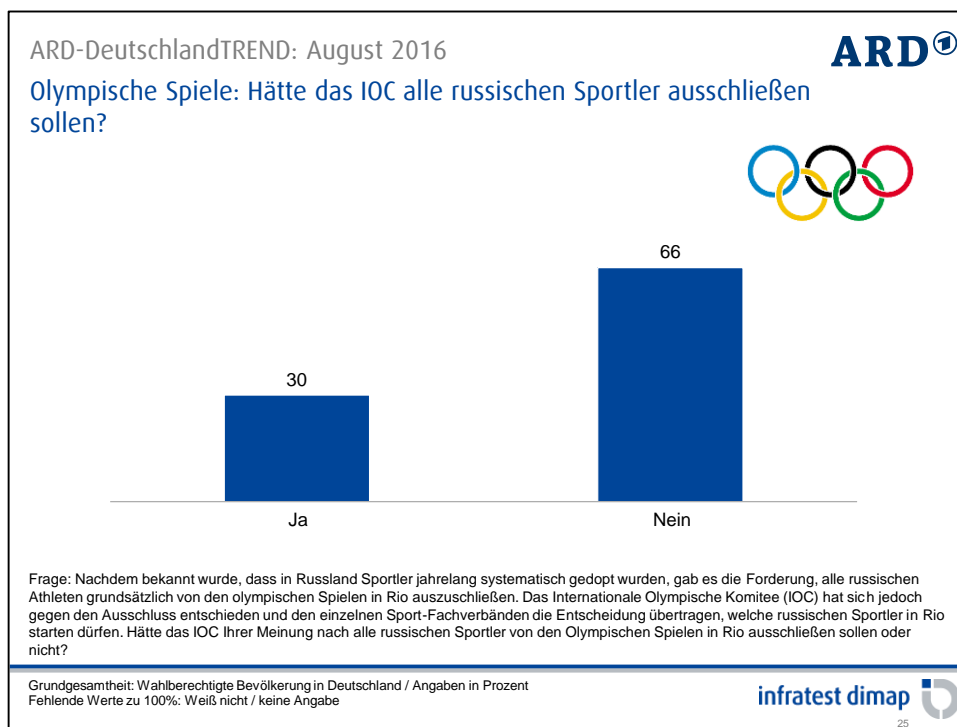
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



## Doping-Debatte über Russland vor den Olympischen Spielen in Rio

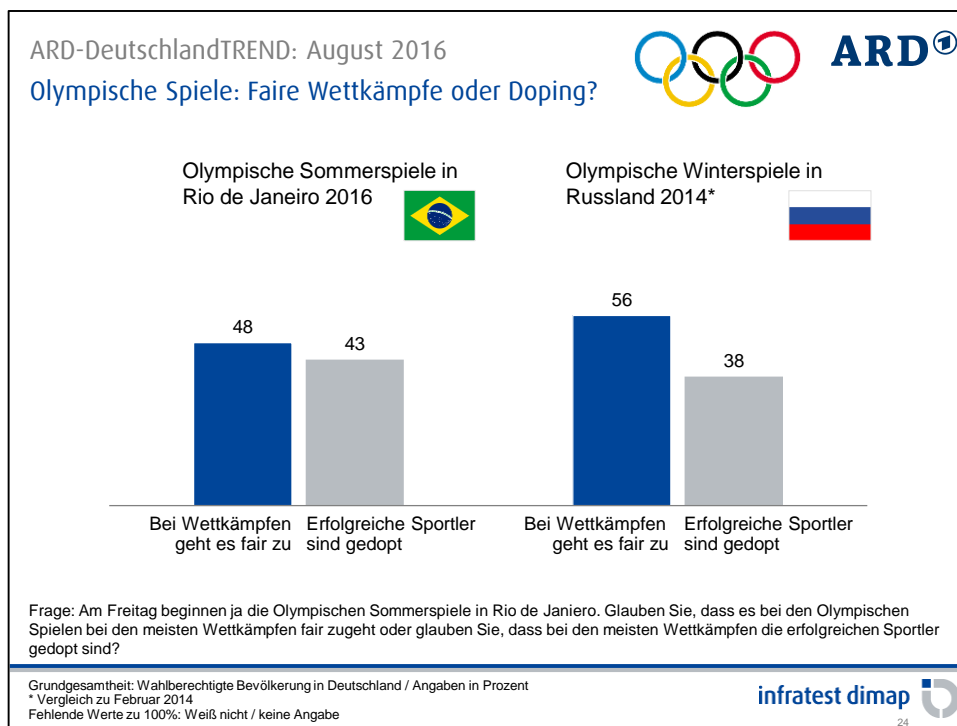
Kurz vor den Olympischen Sommerspielen in Rio de Janeiro wurde ein Bericht der Welt-Anti-Doping-Agentur WADA veröffentlicht, der jahrelanges systematisches und staatlich koordiniertes Doping im russischen Sport dokumentiert. Daraufhin wurde das Internationale Olympische Komitee (IOC) von der WADA und einer Vielzahl von Vertretern von Sport und Politik aufgefordert, alle russischen Sportler für die olympischen Sommerspiele in Rio zu sperren. Das IOC hat sich jedoch gegen einen solchen generellen Ausschluss aller russischen Athleten ausgesprochen und den einzelnen Fachsportverbänden die Entscheidung übertragen, welche russischen Sportler in Rio teilnehmen dürfen.

Eine klare Mehrheit der Deutschen (66 Prozent) stützt die Entscheidung des IOC, nicht alle russischen Sportler generell von den Spielen in Rio auszuschließen. Drei von zehn (30 Prozent) vertreten dagegen die Ansicht, dass das IOC den Forderungen nach einem generellen Ausschluss hätte nachkommen sollen.



Das Urteil über die Fairness bei großen Sportwettkämpfen hat sich angesichts der aktuellen Vorgänge deutlich verändert. Vor den Winterspielen 2014 in Sotschi ging noch eine deutlich Mehrheit von 56 Prozent davon aus, dass die Wettkämpfe fair ablaufen werden, während etwa Vier von Zehn vermuteten, dass Doping im Spiel sein wird. Auch vor den Sommerspielen 2008 in Peking war das Meinungsbild ähnlich ausgeprägt.

Aktuell sind die Meinungen dagegen eher geteilt. Nach einem Rückgang um 8 Punkte im Vergleich zu Sotschi 2014 glaubt die eine Hälfte (48 Prozent) an faire Wettkämpfe bei Olympischen Spielen. Die andere Hälfte (43 Prozent) geht davon aus, dass in den meisten Fällen die erfolgreichen Sportler gedopt sind.



Drei Viertel derjenigen, die von fairen Wettkämpfen ausgehen, sprechen sich gegen einen generellen Ausschluss der russischen Sportler aus.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert